

**TAGESPOLITIK - KOMMENTARE - AUSLANDSBERICHTE**

P/XXIII/158

Bonn, den 22. August 1968

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite</u>		<u>Zeilen</u>
1	<u>Heilsame Erkenntnisse</u> Moskaus Machtpolitik und die europäischen Kommunisten	48
2	<u>Neger besser als Tschechen?</u> Selbstenttüllung des "Neuen Deutschland"	38
3	<u>Die große Lüge</u> Entlarvung der Aggressoren	44
4	<u>Universitätsprobleme in Afrika...</u> ...anders als in Europa Von Dr. Günther MÜLLER, MdB	48

FRAU UND GESELLSCHAFT bringt heute:

Heiraten - trotzdem weiterkommen  
- "Steueränderungsgesetz 1968" enthält alte SPD-Forderungen -  
Weltkonferenz des IBFG in Düsseldorf  
Kurzmeldungen

\* \* \*

\*

### Heilsame Erkenntnisse

#### Moskaus Machtpolitik und die europäischen Kommunisten

sp - Nach einer bisherigen Übersicht haben alle kommunistischen Parteien der westlichen Welt den militärischen Überfall durch die Warschauer Paktstaaten auf die CSSR verurteilt oder mißbilligt. Nur vereinzelt, und das auch nur sehr schüchtern, wurden vage Versuche der Rechtfertigung laut. Die Parteileitungen selbst haben in offiziellen Erklärungen das Selbstbestimmungsrecht für die Tschechoslowakei gefordert und unmißverständlich verlangt, daß sich die Aggressoren zurückziehen. In keiner dieser Verlautbarungen wird auch nur andeutungsweise zu verstehen gegeben, daß man Dubček und seine Freunde für "Konterrevolutionäre" hält, wie es in Erklärungen aus Moskau und Ostberlin heißt.

Der militärische Überfall auf die CSSR hat also bei den "kommunistischen Bruderparteien" praktisch zu einer offenen Kampfansage gegen die kommunistischen Parteien der Warschauer Paktstaaten geführt. Ob man in Moskau dieses Risiko bei der Vorbereitung des Angriffs auf die CSSR einkalkuliert hatte, ist nicht sicher. Vielleicht waren die in die Moskauer Zentrale gelangten Berichte über das voraussichtliche Verhalten der "Bruderparteien" wieder einmal so falsch, wie schon häufig bei ähnlichen Gelegenheiten...

Zweifellos wird die militärische Aggression Moskaus auf die CSSR einen Prozeß der Selbstbesinnung in den kommunistischen Parteien der westlichen Länder einleiten. Uns interessiert hierbei in erster Linie jedoch die zu erwartende Ernüchterung in der Beurteilung der Politik der Bundesrepublik Deutschland durch die kommunistischen Parteien in den westlichen Ländern und in den neutralen Staaten. Bisher haben deren Zeitungen - von wenigen Ausnahmen abgesehen - stets die Propagandathesen Moskaus und Ostberlins verbreitet: Die Bundesrepublik Deutschland ist revanchistisch und imperialistisch, sie bereitet eine militärische Aggression auf die friedliebenden Völker des sozialistischen Lagers vor, und alles, was ihre Regierung über Entspannungs- politik und Gewaltverzicht sagt, ist ein übler Trick.

- \* Jetzt, nach dem militärischen Überfall der Warschauer Paktstaaten auf die CSSR, kann diese Lüge nicht mehr verbreitet werden. Wer tatsächlich die Aggressoren sind, wer einem Volk das Selbstbestimmungsrecht verweigert und wer bereit ist, mit brutaler Gewalt einen souveränen Staat zu zwingen, seinen freiwillig gewählten Weg zur Entfaltung der nationalen und internationalen Politik aufzugeben, ist jetzt vor aller Welt demonstrativ gezeigt worden. Das ist nicht die Bundesrepublik Deutschland, die sich angesichts der Ereignisse in der CSSR seit Monaten der größten Zurückhaltung befleißigt hat, sondern jene, die vorgeben, zur Hilfe gerufen worden zu sein, um eine nicht stattgefundene Konterrevolution zu unterdrücken.

Unter Umständen kann diese jetzt auch in den kommunistischen Parteien außerhalb des Warschauer Paktes gewonnene Erkenntnis zu völlig neuen Konstellationen in mehreren Ländern der freien Welt führen.

+ + +

### Neger besser als Tschechen?

#### Selbstenthüllung des "Neuen Deutschland"

sp - Die DDR-Presse, die in dem Keesseltreiben gegen die Tschechoslowakei eine oft ärgere Rolle gespielt hat als die sowjetischen Zeitungen, hat sich am Vorabend des berüchtigten 21. August, an dem die Panzermassen der fünf Warschaupaktstaaten die CSSR niederwalzten, eine besonders peinliche Entblößung geleistet. Das SED-Zentralorgan "Neues Deutschland", in der Hetze gegen die Prager Reformer tonangebend, brachte noch am Dienstag eine Titelseiten-Meldung "Panzer führen gegen Neger auf", in der sich die SED-Journalisten über das Vorgehen der schwerbewaffneten Polizei in der amerikanischen Stadt St. Petersburg (Florida) gegen die Negerbevölkerung erregten.

Keine Frage, daß der Einsatz von Panzern gegen Demonstranten verurteilenswert ist, auch wenn US-Amerikas Neger nicht nur von St. Petersburg in der Wahl ihrer militanten Mittel alles andere als zehaft sind. Trotzdem ist das Anwalzen von Panzern gegen Zivilisten eine schreckliche Vorstellung.

Woher aber nimmt ausgerechnet das SED-Zentralorgan "Neues Deutschland" die Unverfrorenheit, sich über diesen Einsatz von Panzern gegen US-Neger zu erbosen? Das Zentralorgan einer Staatspartei eines Staates, der zu den Hauptakteuren in der Vorbereitung und Durchführung des massiv-militanten Einsatzes von Panzerkolonnen gegen die Zivilbevölkerung der CSSR gehört?

Es soll hier zunächst unbehandelt bleiben, daß für Deutsche die Vorstellung, daß ausgerechnet deutsche Truppeneinheiten erneut bei einem bewaffneten Einmarsch in die Tschechoslowakei eingesetzt werden, unerträglich sein muß. Es soll auch zunächst beiseite bleiben, daß die DDR und die sie tragende SED sich in ihren Friedensbeteuerungen für sich selbst und in ihren Gewalt- und Kriegsvorbereitungs-Vorwürfen gegen die Bundesrepublik nicht genug tun konnten.

Aber auf dem Tisch liegt die Frage, ob für die kommunistischen Internationalisten in Ostberlin ein Neger mehr Wert ist als ein Tschechoslowake. Hier wird die ganze schäbige Schizophrenie dieser Agitpropagandisten aus der Schule des Professors Norden unverhüllt erkennbar. Für den gepeinigten Neger in den fernen kapitalistischen USA gehen sie auf die Barrikaden. Bei der brutal-völkerrechtswidrigen Panzer-Jagd gegen den kommunistischen Bruder in der CSSR sind sie an vorderster Stelle dabei.

+ + +

### Die große Lüge

#### Selbstentlarung der Aggressoren

sp - Diktaturen müssen immer lügen, wenn sie versuchen ihre Gewaltmaßnahmen zu rechtfertigen. Daß aber Moskau und Ostberlin so plump lügen würde, um den Einmarsch der Truppen von fünf Warschauer Paktstaaten in die CSSR zu erläutern, läßt vermuten, daß in den Führungsgremien der KPdSU nicht die Politiker, sondern andere Kräfte das Startsignal zum Einmarsch in die mit ihnen verbündete Tschechoslowakei gegeben haben.

In dem von der offiziellen DDR-Nachrichtenagentur ADN am 21. August 1968 verbreiteten "Aufruf an die Bürger der DDR" heißt es, "treuergebene Persönlichkeiten der Partei und des Staates der CSSR hätten am 20. (!) August offen den Kampf zum Schutz der sozialistischen Staatsordnung gegen die konterrevolutionären Umtriebe aufgenommen."

Und weiter:

- \* "Diese Persönlichkeiten... haben sich am 21. (!) August an die
- \* Regierungen der mit der CSSR verbündeten sozialistischen Staaten
- \* der Volksrepublik Bulgarien, der Deutschen Demokratischen Volks-
- \* republik, der Volksrepublik Polen, der Ungarischen Volksrepublik
- \* und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken mit der Bitte
- \* gewandt, in Anbetracht der durch die Wühlarbeit der konter-
- \* revolutionären Elemente und der Einmischungsbestrebungen der
- \* imperialistischen Mächte entstandene Gefahr, dem tschechoslowa-
- \* kischen Brudervolk und Bruderstaat unverzüglich jegliche Hilfe,
- \* einschließlich militärischer Hilfe, zu erweisen. Entsprechend
- \* den abgeschlossenen Verträgen über Freundschaft, gegenseitigen
- \* Beistand und Zusammenarbeit haben die Ministerräte der soziali-
- \* schen Bruderländer diesem Ersuchen entsprochen."

Man muß sich die in diesem Aufruf erwähnten Daten genau merken, um die Verlogenheit der Begründung für den militärischen Überfall auf die CSSR in vollem Umfang zu erkennen.

Da entdecken also am 20. August einige nicht genannte, aber "treuergebene Persönlichkeiten", daß der Sozialismus in der CSSR in Gefahr ist. Am 21. August wenden sie sich mit der Bitte um "unverzügliche, jegliche Hilfe" an die Ministerräte der Bruderstaaten. Aber schon am 20. August um 11.30 Uhr überschreitet eine gewaltige Invasionsarmee, zusammengesetzt aus sowjetischen, bulgarischen, ungarischen, polnischen und DDR-Truppen, die Grenzen der CSSR!

Natürlich werden die Aggressoren sagen, zufällig hätten an den Grenzen der CSSR Manöver stattgefunden und deshalb sei es möglich gewesen, dem Hilferuf der nicht genannten "treu ergebenden Persönlichkeiten" Folge zu leisten.

Diese Lüge ist so dumm, daß der Gedanke unerträglich ist, ihre Erfinder hätten irgendwo etwas zu sagen und hätten sogar in einem Staate die Nacht aus.

## Universitätsprobleme in Afrika...

...anders als in Europa

Von Dr. Günther Müller, MdB

Während in den meisten europäischen Ländern die Universitäten aus den Nähten platzen und bestimmte moderne Wissenschaften wie Soziologie und Politologie zu Modewissenschaften sich entwickeln, hat man in Afrika andere Sorgen. Das Problem der meisten afrikanischen Universitäten ist, daß sie nach dem Vorbild ihrer früherer Herrscher geführt worden. Wer etwa das Makerere-College in Kampala (Uganda) besucht, könnte versucht sein, sich an Oxford oder Cambridge erinnert zu fühlen. In einem Land mit einem Prokopf-Einkommen von 36 DM im Jahr befindet sich nur wenige Meilen von Hütten entfernt, deren Bewohner nur wenig über dem Niveau der Bronzezeit leben, ein Campus, das wie in Oxford "Old-Boy"-Tänze, Krieket und Rugby pflegt. Dozenten und Studenten wirken außerhalb des Universitätsgeländes fast deplaziert.

Auch der Lehrplan orientiert sich am klassischen Vorbild: Philosophie, Griechisch und Latein bilden mit den Schwerpunkten. Die einzige moderne Sprache, die gelehrt wird, ist Englisch. Es gibt nicht einmal eine Forschung und Lehre in der üblichen Landessprache, der Luganda. Das Makerere-College verlassen jährlich mehr Philosophen als Ingenieure. Obwohl eine große Not an Lehrkräften für die Schulen Ugandas herrscht, zieht es die Hälfte der Absolventen in den pädagogischen Fächern vor, in den Verwaltungsdienst des Staates zu gehen.

Der Präsident Ugandas, Milton Obote, nennt die Dinge beim richtigen Namen, wenn er davon spricht, daß die Universität "mit den Notwendigkeiten unserer Gesellschaft nichts zu tun hat". Studenten und Dozenten freilich haben wenig Verständnis für die Forderung nach Afrikanisierung. Sie denken immer noch zum Teil in den Kategorien der alten Kolonialzeit, wo man davon ausging, daß vor dem Studium die "Verwestlichung" zu kommen habe. Sie sehen in der Afrikanisierung einen Schritt zurück in die Vergangenheit. - Unter den englisch-sprachigen Universitäten in Afrika ist es nur das College in Daras Salaan, das versucht, die aktuellen afrikanischen Probleme in den Lehrbetrieb einzuschalten.

An den beiden Universitäten im früheren französischen West-Afrika ist die Situation nicht wesentlich besser. Die Universität von Senegal in Dakar besitzt keine Fakultät für Landwirtschaft und an der Universität der Elfenbeinküste in Abidjan ist das Vorbild der Sorbonne ausschlaggebend. An der Universität von Lovanium im Kongo-Leopoldville hat man zwar einen Atomreaktor, aber das Land könnte mehr Mediziner und Ingenieure als Nuklearphysiker brauchen.

Ein Grund für die Misere an den 26 auf die Kolonialzeit zurückgehenden Universitäten in Afrika ist auch der Umstand, daß manche Zuschüsse, die aus den früheren Kolonialländern kommen, nur für ganz bestimmte Programme - eben nach dem klassischen Vorbild - gewährt werden.

Während der Anteil der Analphabeten, der bei 70 Prozent liegt, noch weiter Jahr für Jahr steigt, ist der Elfenbeinturm der afrikanischen Universität nicht in der Lage, die nötige Zahl von Fachleuten zur Verfügung zu stellen. Falsche Lehrpläne und eine viel zu geringe Anzahl von Studenten (45.000 an allen 26 Universitäten zusammen) helfen nicht weiter.